

Medienmitteilung vom 24. April 2007

Der Volksvorschlag Steuersenkung mit Augenmass ist lanciert

Der Gewerkschaftsbund des Kantons Bern, die Grünen Kanton Bern und die Sozialdemokratische Partei haben einen Volksvorschlag zur steuerlichen Entlastung der Familien und des Mittelstandes lanciert. Damit gibt es eine attraktive Alternative zur kompromisslosen Steuergesetzrevision des Grossen Rates.

Die vom Parlament gegen den Widerstand der rotgrünen Parteien und der Mitte beschlossene Steuergesetzrevision nimmt neue Schulden in Kauf. Dies u.a. deshalb, weil die Vorlage Steuergeschenke von 40 Mio. Franken für Spitzenverdiener vorsieht. Der heute Dienstag lancierte Volksvorschlag für eine steuerliche Entlastung der Familien und des Mittelstandes stellt der grossrätlichen Gesetzesrevision eine familienfreundliche Alternative gegenüber. Er fokussiert die steuerlichen Entlastungen auf jene Bereiche, in welchen der Kanton schlecht dasteht: Den Mittelstand und die Familien. Der Präsident des Gewerkschaftsbundes des Kantons Bern, Corrado Pardini, führte an einer Medienkonferenz aus, dass Familien dank einer zusätzlichen Erhöhung des Kinderabzuges mit dem Volksvorschlag mehr profitieren als mit der grossrätlichen Vorlage. Wegen des Verzichts auf die Senkung der Spitzensteuersätze reduziert der Volksvorschlag das drohende Defizit des Kantons um 32 Mio. Franken.

Der Co-Präsident der Grünen, Blaise Kropf, wies darauf hin, dass «die arrogante, kompromisslose Mehrheitspolitik der bürgerlichen Parteien» bei der Behandlung des Steuergesetzes zum Volksvorschlag geführt habe. Der Volksvorschlag biete eine verantwortungsvolle Alternative zur unbotmässigen Steuergesetzrevision der Parlamentsmehrheit.

Der Volksvorschlag ermöglicht eine substantielle Steuersenkung. Zum Vergleich: Die 2005 verworfene Steuerinitiative hätte zu jährlichen Steuerausfällen von 400 Mio. Franken geführt. Mit dem Volksvorschlag gibt es eine Entlastung von 238 Mio. Franken. Gegenüber der Grossratsvorlage reduziert der Volksvorschlag die Ausfälle um 51 Mio. Franken. Dies ist bedeutsam, damit der Kanton auch in anderen Lebensbereichen attraktiv bleibt. So sind gute Tagesschulen für eine hohe Lebensqualität mindestens ebenso wichtig wie das Steuerniveau.

Grossrätin und SP-Parteipräsidentin, Irène Marti Anliker, zeigte sich zuversichtlich, mit dem Volksvorschlag an der Urne zu reüssieren. «Die Stimmenden im Kanton Bern haben schon mehrmals gezeigt, dass sie nichts von Steuergeschenken an Spitzenverdienende halten», so Marti Anliker.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Tel. 079 263 47 68

Unterlagen:

- Redebeitrag Blaise Kropf
- Redebeitrag Corrado Pardini
- Redebeitrag Irène Marti Anliker